

14.11.2019

Niederschrift 004/2019

Kreistag

am 08.10.2019 | Aula Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Hans-Jörg Piasecki

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmelzter-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Margarethe Strathoff

Frau Simone Symma

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann
Frau Annika Brauksiepe
Herr Günter Bremerich
Herr Peter Dörner
Herr Wilfried Feldmann
Herr Stefan Flick
Frau Claudia Gebhard
Herr Wilhelm Jasperneite
Herr Jan-Eike Kersting
Herr Helmut Krause
Herr Herbert Krusel
Herr Olaf Lauschner
Herr Gerhard Meyer
Frau Elke Middendorf
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Frau Ursula Schmidt
Herr Carl Schulz-Gahmen
Herr Michael Zolda

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Marion Küpper
Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann
Herr Dieter Reichwald
Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann
Herr Helmut Rosenkranz
Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dieter Albert
Herr Michael Klostermann
Herr Julius Will

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Ralf Schaefer

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Anwesend bis 17:20 Uhr

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke, Kreisdirektor, Dezernent | Dezernat I

Herr Ludwig Holzbeck, Dezernent | Dezernat II
Herr Torsten Göpfert, Dezernent | Dezernat III
Herr Uwe Hasche, Dezernent | Dezernat IV
Frau Sabine Leiße, Stabsstellenleiterin | Stabsstelle Planung und Mobilität
Frau Sengül Ersan, Stabsstellenleiterin | Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Frau Susanne Kronenberg, Schriftführerin | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Abwesend:

Kreistagmitglieder CDU

Herr Paul-Heinz Kranemann
Frau Gabriele Richter

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Zu Beginn spricht er Herrn Lauschner Glückwünsche zu seinem gestrigen Geburtstag und Frau Brauksiepe, vormals Dresen, zu ihrer Eheschließung aus. Anschließend gratuliert er Herrn Steffen zu seiner 40-jährigen Mitgliedschaft im Kreistag und gibt einen kurzen Rückblick auf dessen politische Laufbahn. Danach stellt er Herrn Hasche vor, der seinen Dienst beim Kreis Unna als neuer Dezernent für Sicherheit und Ordnung, Straßenverkehr sowie Gesundheit und Verbraucherschutz zum 01.10.2019 angetreten hat.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 26.09.2019 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr Goldmann die Absetzung des Punktes 20 - Erhöhung der Finanzmittel für "Offene Kinder- und Jugendarbeit", Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.09.2019 (Drucksache 154/19). Da der Antrag haushaltsrelevant sei, werde seine Fraktion ihn zu den Haushaltsplanberatungen unter vorheriger Beratung im Jugendhilfeausschuss erneut einbringen. Die Absetzung des Tagesordnungspunktes wird einstimmig beschlossen. Die nachfolgenden Punkte verschieben sich dadurch entsprechend.

Herr Jasperneite beantragt die Absetzung des Punktes 15 - Erhöhung der Investitionssumme für die energetische Sanierung der Karl-Brauckmann-Schule in Holzwickede (Drucksache 152/19). Die CDU-Fraktion sei der Ansicht, dass der dazu unter Punkt 15.1 gestellte SPD-Antrag (Drucksache 129/19) thematisch nicht unter den Tagesordnungspunkt passe. Dieser sei zudem noch in keinem Gremium vorberaten worden. Frau Czieso spricht sich gegen die Absetzung aus. Die SPD-Fraktion lege größten Wert darauf, die Beschulung von Kindern mit geistiger Behinderung zukunftsfähig auszurichten und wolle das Ganze auf jeden Fall jetzt auf den Weg bringen. Man halte die Beschlussfassung über diesen Antrag daher heute für unbedingt erforderlich. Es handle sich hier um einen Prüfauftrag, dessen Ergebnis dann auch in den Fachausschüssen beraten werde.

Die Absetzung des Tagesordnungspunktes 15 wird mehrheitlich nicht beschlossen.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Bestellung einer Schriftführerin
- Punkt 2** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 3** 147/19 Ersatzwahlen/Entsendungen in Gremien juristischer Personen und Beiräte
- Punkt 4** 121/19 Ersatzwahlen für den Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde
- Punkt 5** 156/19 Vorschlagsliste für die Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Dortmund für die Amtszeit vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2024
- Punkt 6** 108/19/1 Digitaler Masterplan 2019 - 2022 | Digitalisierungsstrategie des Kreises Unna
- Punkt 7** 146/19 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2019
- Punkt 8** 160/19 Nahverkehrsplan-Ergänzung;
ÖPNV-Angebotserweiterungen in Holzwickede, Werne/Selm und Schwerte
- Punkt 9** 124/19 Mitgliedschaft des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen im Städtebündnis "Sichere Häfen"; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.08.2019
- Punkt 10** Abschlussbericht Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung"; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.08.2019
- Punkt 11** Sachstand Ausbaupläne Airport Dortmund; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.08.2019
- Punkt 12** Regionales Entwicklungskonzept Kreis Unna, Sachstand und Bewertung; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der SPD-Fraktion vom 18.09.2019
- Punkt 13** Verzögerung der Aufstellung des Regionalplanes Ruhr | Konsequenzen für den Kreis Unna; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der SPD-Fraktion sowie der CDU-Fraktion, jeweils vom 18.09.2019
- Punkt 14** 137/19 E-Mobilitäts-Infrastruktur für die Dienstgebäude der Kreisverwaltung Unna
- Punkt 15** 152/19 Erhöhung der Investitionssumme für die energetische Sanierung der Karl-Brauckmann-Schule Holzwickede
- Punkt 15.1** 163/19 Gesamtkonzept für Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung auf den Weg bringen; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2019
- Punkt 16** 129/19 Bauliche Weiterentwicklung der Ökologiestation
- Punkt 16.1** 161/19 Weiterentwicklung Ökologiestation; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2019

- Punkt 17** 138/19 Änderung der Entgeltordnung und der Nutzungsordnung für das öffentliche Kultur- und Begegnungszentrum Haus Opherdicke
- Punkt 18** 142/19 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Nordrhein-Westfalen: Beitritt zum Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX
- Punkt 19** 145/19 Finanzierung des sozialen Arbeitsmarktes im Kreis Unna: Konzept und Förderrichtlinien zum kommunalen Passiv-Aktiv-Tausch (PAT)
- Punkt 20** 151/19 Errichtung des kaufmännischen Bildungsganges „Automobilkauffrau/ Automobilkaufmann“ am Lippe Berufskolleg in Lünen zum Schuljahr 2020 / 2021
- Punkt 21** 127/19 Ein- und Ausstiegsstelle für Kanuten an der Fischerhofbrücke in Werne; Sachstandsbericht
- Punkt 22** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 23** 117/19 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)
- Punkt 24** 149/19 Vergabeverfahren "Gastronomie auf Haus Opherdicke"
- Punkt 25** 115/19 Ernennung des stellvertretenden Kreisbrandmeisters gem. § 12 (2) BHKG
- Punkt 26** 123/19/1 Grundhafte Erneuerung der K31 Steinbruchstraße in Holzwickede; Erteilung des Auftrages; Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
- Punkt 27** 159/19 Energetische Sanierung der Sporthalle am Lippe-Berufskolleg in Lünen; Vergabe des Auftrags über die Rohbauarbeiten; Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
- Punkt 28** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Susanne Kronenberg zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 147/19 Ersatzwahlen/Entsendungen in Gremien juristischer Personen und Beiräte

Beschluss

1. Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages werden folgende Ersatzwahlen/ Entsendungen vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Verwaltungsrat der GWA Kommunal AÖR	stellvertretendes Mitglied für Wilfried Feldmann	Dieter Kleinwächter	Stefan Flick
Gesellschafterversammlung der Suchthilfe gGmbH	stellvertretendes Mitglied für Landrat Michael Makiolla	Dirk Wigant	Uwe Hasche

2. Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Landtages wird Herr Uwe Hasche für die Ernennung zum Mitglied des Beirates für das Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg benannt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 121/19 Ersatzwahlen für den Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde

Beschluss

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode wird folgende Ersatzwahl zur Entsendung in den Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde vorgenommen.

Gremium	Funktion	Bisheriges Mitglied	Neues Mitglied
Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde	Ordentliches Mitglied	Julian Freisendorf	Klaus Rudack

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5 156/19 Vorschlagsliste für die Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Dortmund für die Amtszeit vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2024

Beschluss

In die Vorschlagsliste für die Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Dortmund für die Amtszeit vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2024 werden aufgenommen:

1. Frau Renate Jung, Kamen
2. Herr Gerhard Meyer, Unna
3. Herr Jochen Nadolski-Voigt, Bergkamen

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 108/19/1 Digitaler Masterplan 2019 - 2022 | Digitalisierungsstrategie des Kreises Unna

Erörterung

Herr Kreisdirektor Janke geht zusammenfassend auf Inhalte und Ziele des Digitalen Masterplans ein und bittet um Zustimmung zur Digitalisierungsstrategie des Kreises.

Herr Schmülling dankt der Verwaltung für die Erstellung dieses gelungenen Masterplans und stellt eine enge weitere Begleitung dieses Projektes durch die SPD-Fraktion in Aussicht.

Frau Heinrichsen schließt sich dem Lob an. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte den Plan für einen guten Wegweiser in Richtung digitaler Wandel. Sie beantragt die Erweiterung des Beschlussvorschlages. Danach solle der Landrat beauftragt werden, dem Kreistag einmal jährlich einen Sachstandsbericht zur aktuellen Umsetzung der Digitalisierungsmaßnahmen zu geben.

Herr Jasperneite lobt für die CDU-Fraktion ebenfalls den vorgelegten Masterplan. Die Kommunikation mit den kreisangehörigen Kommunen sei darin jedoch nur rudimentär angesprochen. Hier sollte unbedingt eine Vereinheitlichung der Kommunikationssysteme zwischen den Gebietskörperschaften das Ziel sein.

Herr Kreisdirektor Janke teilt mit, es sei bereits eine Dezernentenrunde zum Thema Digitalisierung eingerichtet worden, die auch schon unter seiner Leitung mit den entsprechenden Experten der kreisangehörigen Kommunen getagt habe.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die Organisationshoheit in diesen Fragen bei den Kommunen liege. Er habe in der Bürgermeisterrunde vereinbart, Anfang des kommenden Jahres einen gemeinsamen mehrtägigen Workshop zu diesem Thema durchzuführen. Er appelliere, das Thema einheitlicher Kommunikationssysteme auch vor Ort verstärkt anzusprechen.

Herr Landrat Makiolla übernimmt den von Frau Heinrichsen gestellten Antrag und stellt den insofern ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Der als Anlage zur Drucksache 108/19/1 beigefügte Digitale Masterplan 2019 – 2022 wird als Grundlage für die strategische Ausrichtung des Kreises Unna auf dem Gebiet der Digitalisierung in den nächsten Jahren beschlossen.

Der Landrat wird beauftragt, auf Grundlage des Digitalen Masterplans 2019 – 2022 operative Maßnahmen zur Umsetzung der dargestellten Ziele zu ergreifen und die strategische Ausrichtung kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Der Landrat wird beauftragt, dem Kreistag einen jährlichen Sachstandsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 146/19 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2019

Erörterung

Frau Chur stellt Pflege als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar. Der vorliegende Pflegebedarfsplan gebe wichtige Hinweise auf die bestehende soziale und pflegerische Infrastruktur und zeige genau auf, wo Handlungsbedarf bestehe. Dann erläutert sie ausführlich die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages.

Besondere Betonung legt sie auf den hohen Bedarf an weiteren solitären Kurzzeitpflegeplätzen. Dazu fordert sie die Anwesenden auf, in diesem Zusammenhang ihre Einflussmöglichkeiten auf den Gesetzgeber geltend zu machen. Ein weiteres großes Problem stelle der drohende Personalnotstand in diesem Bereich dar. Sie dankt Frau Leißer und Herrn Zakel und teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zum Pflegebedarfsplan zustimmen werde.

Herr Bremerich spricht im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls seinen Dank an die Verwaltung aus. Der Kreis betreibe seit 1992 eine sehr kontinuierliche Seniorenpolitik, und hier liege nun bereits der 5. Pflegebedarfsplan, mit dem Ziel, eine bedarfsgerechte Infrastruktur der Pflege, insbesondere quartiersorientiert und unter dem Leitgedanken „ambulant vor stationär“, zu erreichen. Durch die Unterstützung der Pflegenden und ein längeres Verbleiben der Pflegebedürftigen in der eigenen Wohnung, bestehe auch weiterhin kein zusätzlicher Bedarf an Pflegeheimplätzen, was auch zu einer Entlastung des Kreishaushaltes bei den Sozialausgaben führe. Auch er geht auf den Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen und den drohenden Pflegenotstand ein. Es werde die größten Anstrengungen aller in der Pflege Beteiligten erfordern, um diesem Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken. Den Kreis sehe man da in einer Koordinierungsrolle.

Herr Klostermann schließt sich für die FDP-Fraktion den Dankesworten an die Verwaltung für den sehr umfangreichen Pflegebedarfsplan an. Dieser zeige deutlich alle Baustellen der nächsten Jahre auf. Die größte Herausforderung sehe man im Bereich des Personalbedarfs, zumal die Zahl der Erwerbstätigen auch demografiebedingt sinken werde. So müsse u.a. versucht werden, die Rahmenbedingungen für diesen Beruf attraktiver zu gestalten.

Frau Schmidt bedankt sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Frau Leißer und Herrn Zakel. Man sehe sich gut aufgestellt durch die umfassende und weitsichtige Arbeit der Fachleute und sei optimistisch, dass man gemeinsam Lösungen für die genannten Probleme, sei es bei der Wohnsituation oder dem Personal, finden werde.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass er das Thema der drohenden Personalnot ähnlich sehe. Es werde extrem schwierig sein, an der Stelle etwas zu bewegen. Er betrachte die Personalnot im Pflegebereich auch als einen Teilaspekt des Fachkräftemangels. Er habe daher mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) darüber gesprochen, die sich auch mit dem Thema Bekämpfung des Fachkräftemangels auseinandersetze, um sich darüber Gedanken zu machen, in welcher Form man sich an der „Konzertierten Aktion“ beteiligen könne.

Beschluss

1. Der als Anlage zur Drucksache 146/19 beigefügte verbindliche Pflegebedarfsplan 2019 nach APG NRW wird beschlossen.
2. Die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna „ambulant und präventiv vor stationär“ mit Sozialplanung und Vernetzung verantwortlicher Personen aus den relevanten Bereichen von Wohnen bis Pflege wird fortgeführt. Ziel ist die Schaffung einer Gemeinwesen orientierten, abgestimmten, bedarfsgerechten, inklusiven, sozialen, kulturellen und gesundheitlich-pflegerischen Infrastruktur, die insbesondere quartiersorientiert und unter dem Leitgedanken „ambulant vor stationär“ auch das möglichst lebenslange Wohnen zuhause fördert und einen integrativ verlaufenden demografischen Wandel sowie die Stärkung der Selbsthilfekräfte und des ehrenamtlichen Engagements gewährleisten kann.

3. Auf Grund des drohenden Personalnotstandes in der Altenpflege und der Gefährdung des sozialpolitischen Leitziels „ambulant vor stationär“ wird empfohlen, dass sich der Kreis Unna an einem „Bündnis für Pflegepersonal in der Altenpflege“ als kreisweite „Konzertierte Aktion“ aktiv beteiligt.
4. Es besteht weiterhin kein Bedarf an Pflegeheimplätzen zusätzlich zu denjenigen, die sich bereits in der Bauphase befinden bzw. geplant werden und bereits eine positive Bedarfsbestätigung erhalten haben. Ziel des Kreises ist die langfristige Angleichung der Versorgungsquoten mit Abbau lokaler Überversorgung oder Unterversorgung unter Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten, wodurch eine evtl. Abweichung von der Kreisquote örtlich begründbar sein kann. Die Orientierungsquote, d.h. das Verhältnis der Pflegeplätze zu den Hochaltrigen, wird auf 14,5% gesenkt.
5. Es besteht sehr hoher Bedarf an weiteren solitären Kurzzeitpflegeplätzen. Die Mitglieder des Kreistages unterstützen die laufenden Bemühungen des Kreises Unna, sich gegenüber dem Bundestag als Gesetzgeber dafür einzusetzen, die in der Pflegeversicherung grundsätzlich nicht ausreichend ausgestattete solitäre Kurzzeitpflege besser abzusichern.
6. Die Tagespflege trägt in wachsendem Maße zur Vermeidung von Heimunterbringungen bei und unterstützt pflegende Angehörige. Es besteht daher noch grundsätzlich Bedarf an weiteren Tagespflegeplätzen. Zusätzliche Tagespflegen müssen aber vorrangig in bislang nicht oder nur gering versorgten Stadtteilen bzw. Sozialräumen entstehen, sofern dort entsprechende potentielle Nachfrage zu erwarten ist.
7. Es besteht weiterhin Bedarf an zusätzlichen Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 160/19 Nahverkehrsplan-Ergänzung; ÖPNV-Angebotserweiterungen in Holzwickede, Werne/Selm und Schwerte

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Umsetzung der ÖPNV-Verbindung zwischen dem EcoPort und dem Bahnhof Holzwickede ab 28.10.2019 sowie die weitere Durchführung der Zusatzfahrten vom Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg Werne nach Selm bei der VKU in Auftrag zu geben.

Das Busunternehmen BVR wird beauftragt, die Zusatzleistungen auf der Linie 594 in Schwerte zum 15.12.2019 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 9 124/19 Mitgliedschaft des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen im Städtebündnis "Sichere Häfen"; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen und Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.08.2019

Erörterung

Herr Goldmann begründet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag, mit dem der Kreis durch einen Beitritt in das Städtebündnis „Sichere Häfen“ ein weiteres Mal seiner Vorreiterrolle gerecht werden würde. Zudem sei ein solcher Beitritt auch ein symbolischer Akt als Zeichen von Verantwortungsbereitschaft und Humanität. Des Weiteren gebe man ein wichtiges Signal in Richtung Bundesregierung und Europäische Union, mehr zu unternehmen. Zunächst gehe es hier aber um die Prüfung einer möglichen Mitgliedschaft für

den Kreis und die Werbung für dieses Bündnis im Rahmen der Bürgermeisterrunde. Andere Kommunen, darunter auch die Kreisstadt Unna, hätten diesen Schritt bereits vollzogen.

Frau Cziehso erklärt, dass der Prüfcharakter dieses Antrages deutlich sei und die SPD-Fraktion ihm daher zustimmen werde.

Herr Klostermann teilt mit, dass die FDP-Fraktion nicht zustimmen werde. Menschen zu retten sei unstrittig eine zivilisatorische und auch rechtliche Verpflichtung, aber nicht jeder in Seenot Geratene sei ein Flüchtling und habe entsprechende Bleiberechtperspektiven. Vor diesem Hintergrund vertrete man die Ansicht, dass die Seenotrettung komplett in staatliche Hand gehöre. Daher halte man einen solchen Prüfauftrag an die Verwaltung für nicht erforderlich.

Herr Jasperneite sieht die Auswirkungen eines solchen Bündnisbeitrittes für den Kreis nicht geklärt, und für reine Symbolpolitik halte man das Thema für zu Ernst. Es sei noch in keinem Gremium vorbesprochen worden. Man sehe hier auch keine Zuständigkeit des Kreises. Eine Initiative von Seiten der Kommunen hätte seine Fraktion mittragen können. Es sei aber der falsche Weg, in der Mittelinstanz mit dem Thema anzufangen und die Diskussion dann in die Kommunen zu tragen, ohne die genauen Konsequenzen zu kennen. Die CDU-Fraktion werde diesem Antrag daher ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass er den Antrag auch als Prüfauftrag verstehe und führt aus, in welcher Weise er dies umsetzen würde. So werde er zunächst prüfen, welche konkreten Konsequenzen mit den Beitritt des Kreises Unna im Städtebündnis „Sichere Häfen“ verbunden seien. Danach werde er das Thema im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz besprechen, da nicht der Kreis, sondern die Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig seien. Anschließend werde ein entsprechender Bericht im Kreistag zum Ergebnis der Prüfung und der Gespräche erfolgen. Herr Goldmann erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Beschluss

Der Kreis prüft seine Mitgliedschaft im Städtebündnis „Sicherer Häfen“. Der Landrat wird zudem gebeten, in der Bürgermeisterkonferenz für diese Mitgliedschaft zu werben.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GFL-Lünen /UWG-Selm, Linksfraktion, der Gruppe PIRATEN, FW und LR, 22 Nein-Stimmen der Fraktionen CDU und FDP)

Punkt 10

Abschlussbericht Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung"; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.08.2019

Erörterung

Herr Landrat Makiolla bezieht sich auf seinen Bericht zur Ruhrkonferenz in der Sitzung des Kreistages am 02.07.2019 und berichtet dann zum Stand der Umsetzung des Abschlussberichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ der Bundesregierung (s. Anlage).

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 11

Sachstand Ausbaupläne Airport Dortmund; Tagesordnungspunktaufnahme- verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.08.2019

Erörterung

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass der Kreis Unna bislang über etwaige Ausbaupläne des Flughafens Dortmund nicht informiert worden sei, weder von der Stadt Dortmund, noch vom Flughafen, noch von der Bezirksregierung (BR). Nach Presseberichten beabsichtige der Flughafen Dortmund die Startabbruchstrecken der planfestgestellten Start- und Landebahn innerhalb der 2000 Meter so zu versetzen, dass er diese besser ausnutzen könne und dort auch größere Flugzeuge landen könnten als bisher. Aufgrund der Presseberichterstattung habe der Kreis mit der BR Münster als Genehmigungsbehörde Kontakt aufgenommen. Diese habe mitgeteilt, dass zwischen der Flughafen Dortmund GmbH und der BR Münster ein regelmäßiger Austausch über die weitere Entwicklung am Flughafen Dortmund stattfinde. In diesem Rahmen habe man auch die Verlegung der Startabbruchstrecken am Flughafen besprochen. Ein Antrag auf Verlegung sei bislang jedoch bei der BR Münster noch nicht gestellt worden. Unabhängig von diesen Ereignissen seien der Flughafen Dortmund GmbH mit Bescheid vom 01.08.2018 geänderte Betriebszeiten genehmigt worden. Der erste Bescheid von 2014 zur Ausweitung der Betriebszeiten sei vom OVG Münster in 2015 für nicht vollziehbar erklärt worden. Gegen den neuen Bescheid habe nun die Kreisstadt Unna Klage erhoben. Über diese Klage sei noch nicht entschieden worden. Herr Landrat Makiolla schlägt vor in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Kreisentwicklung und Mobilität den Geschäftsführer des Dortmunder Flughafens, Herrn Mager, einzuladen und ihn zu bitten, dort einen Bericht über die weiteren Pläne am Flughafen Dortmund zu geben.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12

Regionales Entwicklungskonzept Kreis Unna, Sachstand und Bewertung; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der SPD-Fraktion vom 18.09.2019

Erörterung

Herr Landrat Makiolla bezieht sich auf seine Mitteilung im Kreistag am 02.07.2019 darüber, dass er mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Städte und Gemeinden verabredet habe, ein gemeinsames regionales Entwicklungskonzept für den Kreis Unna zu erstellen. Dieses Konzept solle keine neuen Inhalte festlegen, sondern das aufnehmen, was bisher im Rahmen der politischen Zieldiskussionen des WOS-Prozesses erarbeitet worden sei. Außerdem sollten die Ergebnisse der Nachhaltigkeitsstrategie einfließen und das vom Aufsichtsrat verabschiedete Zielsystem der WFG Berücksichtigung finden. Der Kreis benötige ein solches Konzept, um seine Chancen für die Förderung von Projekten durch die Landesregierung zu verbessern. Es sei nämlich damit zu rechnen, dass die Landesregierung eine Förderung im Rahmen der Ruhrkonferenz und auch bei der Begleitung des geplanten Kohleausstiegs von der Vorlage eines solchen Konzeptes abhängig machen werde und darauf müsse man vorbereitet sein. Auf der Grundlage dieses Konzeptes beabsichtige er, für den Kreis Unna Leuchtturmprojekte entwickeln zu lassen, die insbesondere den geplanten Kohleausstieg flankieren sollen. Punkten sollen dabei diejenigen Projekte, die sowohl mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt als auch in Sachen Klimaschutz nachhaltig seien. Die beauftragte Firma agiplan habe auf der Sitzung des WFG-Aufsichtsrates am 10.09.2019 einen Zwischenbericht zum Regionalen Entwicklungskonzept vorgelegt, der vom Aufsichtsrat akzeptiert worden sei. Im Augenblick werde das Entwicklungskonzept ausformuliert. Leitziel des regionalen Entwicklungskonzeptes sei es, die bestehende industrielle Struktur des Kreises Unna zu nutzen und

weiterzuentwickeln, um den Kreis Unna zu einer Modellkommune für die Bewältigung des Strukturwandels in Einklang mit dem Klimaschutz zu transformieren. Dieses Ziel soll auf 5 Handlungsfeldern erreicht werden: durchgängige Bildung, innovative Wirtschaft, zukunftssichere Flächen, optimierte Infrastruktur und multimodale Mobilität und intelligente Klimawandelanpassung. Auf der Grundlage der Aussagen dieses Konzeptes würden die vorliegenden Projekte bewertet, nachgeschärft und priorisiert. Zusätzliche Projekte könnten vermutlich noch bis Mitte des kommenden Jahres gemeldet werden, weil die Landesregierung auch noch Zeit brauche, um sich mit den Förderrichtlinien und dem ganzen Verfahren für die Bewilligung von Fördermitteln für die Projekte zu beschäftigen. Dem Kreistag solle das ausformulierte Regionale Entwicklungskonzept im Dezember zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 13 **Verzögerung der Aufstellung des Regionalplanes Ruhr | Konsequenzen für den Kreis Unna; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der SPD-Fraktion sowie der CDU-Fraktion, jeweils vom 18.09.2019**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla gibt eine persönliche Einschätzung zur Thematik und teilt mit, dass auf der Sitzung des Kommunalrates des RVR am 26.09.2019 die Direktorin des RVR, Frau Karola Geiß-Netthöfel, die Oberbürgermeister und Landräte offiziell davon in Kenntnis gesetzt habe, dass der vorgesehene Zeitplan des Regionalplans Ruhr im kommenden Jahr nicht eingehalten werden könne. Die RVR-Verwaltung arbeite nach Angaben von Frau Geiß-Netthöfel aber gleichwohl weiterhin mit Hochdruck an der Erarbeitung dieses Planwerks. Dazu werde auch zusätzliches Personal bereitgestellt. Um bei der örtlichen Infrastrukturplanung Stillstand zu vermeiden, sollten wichtige Änderungsanträge zum bestehenden Gebietsentwicklungsplan bevorzugt bearbeitet werden. Die Frage, was aus den potentiellen Kooperationsstandorten werde, die im neuen Regionalplan erstmals aufgenommen werden sollen, sei juristisch noch nicht geklärt. Die Regionaldirektorin wolle zusammen mit der Landesregierung möglichst schnell entscheiden, auf welchem Weg dort Planungsrecht bereits vor der Verabschiedung des neuen Regionalplans hergestellt werden könne. Wenn die Änderungsverfahren künftig zügig bearbeitet würden und die Rechtsfragen bei der Planung der Kooperationsstandorte geklärt seien, dann sehe er kaum Probleme für den Kreis Unna, die aus dieser Verzögerung des Planverfahrens entstehen könnten. Verzögerungen und Verspätungen bei der Regionalplanung habe es in der Vergangenheit auch bei den Planungsbehörden der Bezirksregierungen in NRW gegeben, ohne dass es zu spürbaren Problemen und öffentlichen Diskussionen gekommen sei. Er empfehle, die Angelegenheit mit Gelassenheit zu betrachten.

Herr Jasperneite erklärt, die CDU-Fraktion stelle sich die Frage nach den Konsequenzen für die Region. Andere Regionen Nordrhein-Westfalens hätten ihre Regionalpläne erfüllt, und dort entwickelten sich Gewerbe und Industrie entsprechend positiv, während hier ein Ende des Verfahrens immer noch nicht absehbar sei. Er appelliere an alle, gemeinsam alles zu unternehmen, damit möglichst bald ein gültiger Regionalplan verabschiedet werde und man auch für den Kreis Unna Planungssicherheit erhalte. Das Thema Regionale Kooperationsstandorte halte man für eines der großen Knackpunkte im Rahmen der Erstellung eines rechtsgültigen Regionalplans.

Frau Cziehso teilt für die SPD-Fraktion mit, man habe dem Bericht des Landrates entnommen habe, dass die anstehenden Fragen für den Kreis Unna in Essen angekommen seien und auf eine zügige Beantwortung hoffen ließen. Beispielfhaft erwähnt sie dazu die ehemalige Steag-Fläche in Lünen. Für diese Probleme, die auch in engem Zusammenhang mit dem Entwicklungskonzept stünden, hoffe man auf eine baldige Lösung.

Herr Goldmann hält für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine gewisse Gelassenheit in der jetzigen Situation für richtig. Schon die Erstellung eines Flächennutzungsplans, der von der Dimension deutlich kleiner sei als ein Regionalplan, dauere mitunter viele Jahre. Er appelliere an diejenigen Kreistagsmitglieder, die als Mitglied in der Verbandsversammlung säßen, auf eine zeitnahe Verabschiedung des Regionalplans hinzuwirken.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass man sich zu diesem Thema auch am kommenden Freitag auf der Verbandsversammlung treffen werde.

Punkt 14 137/19 E-Mobilitäts-Infrastruktur für die Dienstgebäude der Kreisverwaltung Unna

Erörterung

Herr Hebebrand spricht für die SPD-Fraktion der Verwaltung seinen Dank für die umfassende Vorlage aus. Vor dem Hintergrund des ausgerufenen Klimanotstandes sei die Entwicklung in Richtung E-Mobilität und die dahingehende Ertüchtigung der Infrastruktur der Kreisgebäude, wenn auch erst einmal nur für die Beschäftigten des Kreises, der richtige Weg. Er denke, dass der Benutzerkreis später auch für andere geöffnet werden könne.

Frau Schneider betont, dass das vorliegende Konzept das Resultat eines Antrages ihrer Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sei, den man im letzten November verabschiedet habe. Es sei überall Handlungsbedarf festgestellt worden und deshalb werde man diesen Beschluss natürlich mittragen. Es sei ein richtiger Schritt in Richtung Verkehrswende.

Herr Bremerich erklärt mit Blick auf den fortschreitenden Klimawandel auch für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag. Er gibt zu jedoch zu bedenken, dass es alternativ auch noch weitere Technologien gebe, über die man nachdenken müsse und im Zusammenhang mit der E-Mobilität auch einiges kritisch gesehen werden müsse.

Herr Klostermann weist darauf hin, dass es Alternativen zur Elektromobilität beim Kreis und seinen Gesellschaften bereits gebe. So habe die Geschäftsführung der UKBS ein Fahrzeug in Betrieb genommen haben, das mit Wasserstoff fahre, was er für eine wesentlich bessere Alternative halte. Grundsätzlich gelte es, die Zielrichtung immer im Blick zu behalten, um nicht mit einer Entscheidung die falsche Wirkung zu erzielen.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Maßnahmen des der Drucksache 137/19 beigefügten Konzeptes „E-Mobilitätsinfrastruktur für die Dienstgebäude der Kreisverwaltung Unna“, mit Ausnahme der Maßnahme Nr. 11, umzusetzen. Die Maßnahme Nr. 11 soll separat im Rahmen des Neubaus des Weiterbildungscampus Unna-Königsborn weiter verfolgt werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 15 152/19 Erhöhung der Investitionssumme für die energetische Sanierung der Karl-Brauckmann-Schule Holzwickede

Erörterung

Herr Landrat Makiolla zieht aufgrund des vorliegenden SPD-Antrags den Beschlussvorschlag der Drucksache zurück.

Eine Abstimmung ist damit nicht erforderlich.

Punkt 15.1 163/19 Gesamtkonzept für Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung auf den Weg bringen; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2019

Erörterung

Herr Engelhardt begründet den Antrag für die SPD-Fraktion und geht ausführlich auf Hintergründe, Entwicklung, derzeitige Situation und die geplanten Investitionen an den beiden Förderschulen des Kreises ein. Der Antrag zielt darauf, die Schulen mit Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ in einen kreisweiten Zusammenhang zu stellen und einen Prüfauftrag auf den Weg zu bringen, wie vor dem Hintergrund des offenkundigen Sanierungsbedarfs an den beiden Schulen ein zukünftiges Gesamtkonzept der Beschulung aussehen könne. Dies müsse im Sinne der Schüler, Eltern und Lehrer vor Ort zügig geschehen.

Herr Jasperneite erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zu dem Antrag, betont aber, dass man mit der erneuten Diskussion dieses Thema lediglich eine Ehrenrunde einlege, um letztlich vielleicht zum gleichen Ergebnis zu kommen.

Herr Kampmann signalisiert für die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm ebenfalls die Zustimmung zum SPD-Antrag. Vor dem Hintergrund der langjährigen Nutzung der Karl-Brauckmann-Schule und den veränderten Anforderungen halte man die Überlegungen über ein Gesamtkonzept auch unter schulfachlicher Mitwirkung für sinnvoll. Hierbei sei eine schnelle Umsetzung erforderlich.

Herr Goldmann teilt mit, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem SPD-Antrag zustimmen werde. Hinsichtlich der Verwaltungsvorlage sei ihm wichtig festzuhalten, dass diese unter Beteiligung beider Fachverwaltungen schlüssig aufbereitet und mit entsprechenden Kostenvorschlägen hinterlegt sei, sodass sie einer objektiven Betrachtung und Bewertung Stand gehalten hätte.

Herr Jasperneite erklärt, dass man dem Beschlussvorschlag der Vorlage durchaus hätte folgen können. Irritiert habe letztlich, dass es ein Investitionsvorschlag von rund 10 Mio. Euro gewesen sei, bei dem man dann festgestellt habe, dass die Grundlage für die Investition hätte hinterfragt werden müssen.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die Vorlage auf der Grundlage des gültigen, von diesem Kreistag beschlossenen Schulentwicklungskonzeptes erstellt worden sei. Im Laufe der Diskussionen habe man festgestellt, dass in der Politik die Absicht bestehe, dieses Konzept zu verändern, worauf der Antrag der SPD-Fraktion ja abziele. Insofern habe er den Beschlussvorschlag der Vorlage zurückgenommen. Wenn der SPD-Antrag nun so beschlossen werde, werde alles, was dann auf dieser Grundlage von Seiten der Verwaltung geschehe, in den Fachausschüssen diskutiert werden, ehe es dann hinterher zu einer endgültigen Entscheidung dem Kreistag vorgelegt werde.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, wie vor dem Hintergrund der Entwicklung der Schülerzahlen, moderner pädagogischer Unterrichts- und Raumkonzepte der Schulen und des offenkundigen Sanierungsbedarfs in den beiden Kreisförderschulen mit dem Förderschwerpunkt "Geistige Entwicklung" ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept der Beschulung aussehen kann.

Dazu gehört auch die Frage, wie aus didaktisch-methodischer Sicht sich die bisherigen Standorte grundsätzlich weiterentwickeln können und sollen, ob zwei Schulstandorte auf Dauer ausreichend und zukunftsfähig sind, wie aus pädagogischer Sicht einer optimalen Förderung unserer Schülerinnen und Schüler die Schulstandorte im Kreis Unna gestaltet werden müssten, welches Raumkonzept bedarfsgerecht ist und welchen Stellenwert dabei die Frage möglicher Neubauten, auch unter energetischem Gesichtspunkt, hat. Letzteres würde auch den Weg zu kleineren Schülerzahlen je Standort eröffnen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 16 129/19 Bauliche Weiterentwicklung der Ökologiestation

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert die Beratungsfolge und bisherige Beschlussfassung. Im Ausschuss für Natur und Umwelt am 11.09.2019 seien die Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen und die Abstimmung über Ziffer 3 auf Kreisausschuss und Kreistag verschoben worden. Der Kreisausschuss habe gestern die Beschlussfassung über den gesamten Beschlussvorschlag auf die heutige Sitzung des Kreistages verschoben. Dazu liege ein Antrag der SPD-Fraktion, in dem es um eine Ergänzung des Beschlussvorschlages gehe. Über diesen Antrag sei gestern im Kreisausschuss nicht beraten worden.

Herr Enters begründet den Antrag der SPD-Fraktion. Man sei der Überzeugung, dass man eine Weiterentwicklung des Hauses brauche, da es ein Ausstrahlungspunkt der umweltpolitischen Bildung im Kreis Unna sei. Es habe Alleinstellungsmerkmale, die es würdig seien, entsprechend weiterentwickelt zu werden. Dazu müsse man Geld in die Hand nehmen, aber aufgrund der Nebenabrede mit dem RVR könne man das zu einer 50-prozentigen Anteilsförderung tun. Dazu wolle man den RVR in die Pflicht nehmen und einen Kreistagsbeschluss herbeiführen, der unter dem Vorbehalt dieser Gegenfinanzierung stehe. Dies sei auch notwendig, um die Situation der Planung nicht unnötig weiter hinaus zu zögern. Zudem schlage man vor, eine ähnliche Kommission wie auf Haus Opherdicke einzurichten, zu der man auch einen Besetzungsvorschlag habe.

Herr Jasperneite erklärt, dass die CDU-Fraktion den ersten beiden Punkten der Beschlussvorlage zustimmen werde. Bei Punkt 3 des SPD-Antrags halte man es für problematisch, kurz vor der Haushaltsteinbringung hier Mittel einzustellen und sich damit vor den Haushaltsberatungen bei diesem Thema bereits festzulegen. Eine Verpflichtung des RVR sei auch in ihrem Sinne, doch von einer Absprache der Verwaltungen dazu habe man keine Kenntnis. Von daher werde man den Punkt 3 aus grundsätzlichen Überlegungen nicht unterstützen. Für die Einrichtung eines weiteren Gremiums, welches ausschließlich nichtöffentlich tagt, sehe man keine Notwendigkeit. Es gebe genügend Akteure mit eigenen Gremien zur Weiterentwicklung der gesamten Einrichtung. Daher werde man Punkt 4 ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Kühnapfel teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier eine zügige Entwicklung für sehr wichtig halte. Deswegen sei es aus ihrer Sicht vernünftig, jetzt diese 400.000 Euro an Haushaltsmitteln einzustellen und wolle dem auch zustimmen. Den Finanzierungsvorbehalt mit dem RVR halte man jedoch für überflüssig, ebenso wie die Einrichtung eines weiteren Gremiums zur Weiterentwicklung der Ökologiestation. Über diese Themen könne regelmäßig öffentlich im Ausschuss für Natur und Umwelt berichtet werden. Man werde daher den Antrag der SPD-Fraktion nicht mittragen, den anderen Punkten des Beschlussvorschlages stimme man zu.

Herr Stalz schließt sich für die Freien Wähler den Äußerungen der CDU-Fraktion an. Den ersten beiden Punkten der Drucksache könne man vorbehaltlos zustimmen. Den Punkt 3 des Ergänzungsantrages halte er für problematisch, zumal der RVR den Investitionsbedarf für 2020 bereits eingebracht habe und der Finanzierungsanteil von 400.000 Euro darin aber nicht aufzufinden sei. Zu Punkt 4 des SPD-Antrages schließe er sich den Ausführungen an, dass sich dort ausreichend Gremien mit der Weiterentwicklung und auch der finanziellen Lage der Ökologiestation beschäftigen würden. Eine zusätzliche Kommission bedeute nur ein Mehr an Verwaltung und Bürokratie.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass Mittel, die 2020 ausgegeben werden sollen, auch in den Haushalt eingestellt werden müssten. Dies sei eine politische Absichtserklärung. Und der RVR habe in einer schriftlichen Stellungnahme mitgeteilt, dass ein Finanzierungsanteil im Investitionsplan des RVR enthalten sei. Ob diese Mittel ausgezahlt werden, entscheide der RVR mit dem Beschluss über seinen Haushalt. Um diese Entscheidung möglichst positiv zu beeinflussen, halte er eine politische Willenserklärung des Kreises Unna schon für erforderlich. Die SPD-Fraktion habe dies unter Punkt 3 des Ergänzungsantrages daher so formuliert.

Herr Goldmann dankt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Verwaltung für das vorgelegte schlüssige Gesamtkonzept. Es sei deutlich, dass hier dringender Handlungsbedarf bestehe. Nach Aussage des Landrates stünden die Zusagen zur Teilfinanzierung des RVR im Raum. Diese Zusagen würde man jetzt nicht noch einmal schriftlich einfordern wollen. Hinsichtlich der Einrichtung einer Kommission halte seine Fraktion ein weiteres, zudem nichtöffentliches, Gremium für nicht erforderlich.

Herr Landrat Makiolla betont, dass die Vorlage mit der Verwaltung des RVR abgestimmt worden sei und zitiert aus einem Schreiben des RVR, in dem mitgeteilt wird, dass die Mittel im Doppelhaushalt 2020 / 2021 investiv berücksichtigt würden.

Herr Sell teilt mit, dass die Linksfraktion die Punkte 1 bis 3 des Verwaltungsvorschlages mittrage. Die Änderungen durch den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion jedoch aus den gleichen Gründen wie die der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehne. Eine weitere Kommission sei ihrer Meinung nach nicht notwendig, weil im Ausschuss für Natur und Umwelt über diese Themen gesprochen werden könne.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt Herr Landrat Makiolla den Antrag der SPD-Fraktion zur Weiterentwicklung der Ökologiestation (Drucksache 161/19) zur Abstimmung.

Der Antrag wird mehrheitlich nicht beschlossen (s. Punkt 16.1).

Dann stellt Herr Landrat Makiolla den Beschlussvorschlag der Drucksache 129/19 zu Abstimmung. Er schlägt vor, über die Punkte 1 und 2 zusammen und danach über den Punkt 3 abzustimmen. Diesem Vorschlag wird einvernehmlich gefolgt.

Beschluss

1. Der Landrat wird beauftragt, auf der Grundlage des Sachberichtes eine Gesamtkonzeption für die bauliche Weiterentwicklung der Ökologiestation zu erstellen.
2. Die mit Kreistagsbeschluss vom 04.12.2018 eingestellten Mittel über 70.000,- € und 10.000,- € für Planungsleistungen für einen behindertengerechten Umbau unter Berücksichtigung eines Aufzuges des Gästehauses und für Radabstellmöglichkeiten mit E-Bikeladestation sind für die Erstellung eines Gesamtkonzeptes zu verwenden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Beschluss

3. Die Planungen für die Wiedererrichtung der Maschinenhalle mit Selbstlernzentrum sind parallel zu erstellen und die Maßnahme mit dem Eigenanteil des Kreises Unna für den Bau in Höhe von ca. 400.000,- € ist in den Haushalt 2020 einzustellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (44 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GFL-Lünen/UWG-Selm, Linksfraktion, der Gruppe PIRATEN und LR, 23 Nein-Stimmen der Fraktionen CDU und FDP und des Vertreters der FW)

Punkt 16.1 161/19 Weiterentwicklung Ökologiestation; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2019

Erörterung

s. unter Punkt 16

Beschlussvorschlag

- Punkt 3 / Ergänzung:

Die Bereitstellung des Eigenanteils des Kreises steht unter dem Vorbehalt der Mitfinanzierung in gleicher Höhe durch den Regionalverband Ruhr (RVR).

- Punkt 4 / neu:

Zur politischen Begleitung der "Weiterentwicklung der Ökostation" wird eine Kommission eingerichtet, die nichtöffentlich tagt. Die Kommission setzt sich zusammen aus je zwei Vertreterinnen / Vertretern der SPD-, bzw. CDU-Fraktion sowie einem Vertreter BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion GFL/UWG, Fraktion Linke und FDP-Fraktion und der Verwaltung. Den Vorsitz übernimmt der Vorsitzende des Ausschusses für Natur und Umwelt, der auf das Kontingent der SPD angerechnet wird.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (37 Nein-Stimmen der Fraktionen CDU, BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN, FDP, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppe PIRATEN und FW, 30 Ja-Stimmen von SPD-Fraktion und LR)

Punkt 17 138/19 Änderung der Entgeltordnung und der Nutzungsordnung für das öffentliche Kultur- und Begegnungszentrum Haus Opherdicke

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die als Anlage zur Drucksache 138/19 beigefügten Änderungen zur Nutzungsordnung (Anlage 1) und Nutzungsentgeltordnung (Anlage 2) für das öffentliche Kultur- und Begegnungszentrum Haus Opherdicke umzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 18 142/19 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Nordrhein-Westfalen: Beitritt zum Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX

Beschluss

Der Landrat wird ermächtigt, dem Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX durch schriftliche Erklärung gegenüber der Geschäftsstelle der Gemeinsamen Kommission beizutreten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 19 145/19 Finanzierung des sozialen Arbeitsmarktes im Kreis Unna: Konzept und Förderrichtlinien zum kommunalen Passiv-Aktiv-Tausch (PAT)

Erörterung

Herr Landrat Makiolla führt aus, dass sowohl der Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung als auch der Kreisausschuss den Beschlussvorschlag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen hätten und zwar mit der zweiten Alternative von 190 Euro.

Herr Wiggermann dankt der Verwaltung für die sehr umfassende Drucksache und die gute Präsentation der Beratungsmöglichkeiten. Die SPD-Fraktion sei sehr zufrieden mit der getroffenen Entscheidung. In diesen Fragen sei eine Einstimmigkeit des Kreistages sehr wichtig, da man so die kommunalen Interessen immer wieder mit Nachdruck gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit vertreten könne.

Beschluss

Die „Förderrichtlinien zum kommunalen Passiv-Aktiv-Tausch im Kreis Unna“ auf Basis des Förderkonzeptes: „Kommunaler Passiv-Aktiv-Tausch (PAT) im Kreis Unna - Kommunales Beschäftigungsprogramm im Rahmen des § 16i SGB II“ werden beschlossen. Die monatliche Pauschalzuwendung an die kreisangehörigen Kommunen sowie den Kreis Unna für die monatlich kommunal kofinanzierten Beschäftigungsverhältnisse nach § 16i SGB II werden entsprechend Ziffer 4 (3) der Förderrichtlinie auf 190 € festgelegt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 20 151/19 Errichtung des kaufmännischen Bildungsganges „Automobilkauffrau/ Automobilkaufmann“ am Lippe Berufskolleg in Lünen zum Schuljahr 2020 / 2021

Erörterung

Herr Engelhardt befürwortet für die SPD-Fraktion ausdrücklich die Einrichtung dieses Bildungsganges. Dies erhöhe die Vielfalt des Bildungsangebotes im Kreis Unna. Zum jetzigen Zeitpunkt gebe es an den Berufskollegs des Kreises noch keinen solchen Ausbildungsgang. In unmittelbarer Nähe des Lippe Berufskollegs gebe es zudem sieben Vertragshändler. Für die Schülerinnen und Schüler bedeute dies kurze Wege, da sie nicht mehr bis nach Hamm oder Dortmund zur Schule fahren müssten.

Laut Herrn Jasperneite unterstütze die CDU-Fraktion ebenfalls die Einrichtung dieses kaufmännischen Bildungsganges, auch aus den von Herrn Engelhardt genannten Gründen. Er weist darauf hin, dass man auf Anfrage eine Auflistung aller Bildungsgänge erhalten habe, die in den letzten Jahren im Kreis Unna eingerichtet oder eingestellt worden seien. Diese solle auch den anderen Fraktionen und Gruppen zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss

Zum Schuljahr 2020 / 2021 wird im dualen System der dreijährige Bildungsgang „Automobilkauffrau / Automobilkaufmann“ gemäß Anlage A der APO-BK am Lippe Berufskolleg des Kreises Unna in Lünen errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 21 127/19 Ein- und Ausstiegsstelle für Kanuten an der Fischerhofbrücke in Werne; Sachstandsbericht

Der Bericht über die Ein- und Ausstiegsstelle an der Fischerhofbrücke in Werne wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 22 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlage

Bericht von Landrat Michael Makiolla auf der Sitzung des Kreistages am 08.10.2019 zum Sachstand der Umsetzung des Abschlussberichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ der Bundesregierung

gez. Susanne Kronenberg
Schriftführerin

gez. Michael Makiolla
Vorsitzender